



Biwöchlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb und
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Auflösungsgebühr für den Raum einer
sechsheligen Zeile in Zeitung 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 120. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 12. März 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

15. Sitzung vom 11. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Dekruck u. A. Der Abg. Dr. Simson ist in das Haus eingetreten.

Das Haus beschäftigt sich zunächst mit Wahlprüfungen: es wurden den Anträgen der Abtheilungen gemäß die Wahlen der Abg. Schenck von Stauffenberg und Westermann für den ersten und zweiten Münchener Wahlkreis, des Abg. Erhard für den fünften Wahlkreis von Mittelfranken, des Abg. Bölk für den sechsten Wahlkreis von Schwaben und Neuburg, des Abg. Führer von Zu-Rhein für den siebten Wahlkreis Unterfranken; des Abg. Esoldi für den achten Wahlkreis des Königreichs Sachsen; des Abg. v. Körner für den 14. Wahlkreis des Königreichs Sachsen; des Abg. Winkelhofer für den vierten Wahlkreis Niederbayern; des Abg. Grumbrecht für den 17. Hannoverischen Wahlkreis; des Abg. Grafen Stolberg-Stolberg (Darm) für den 1. Wahlkreis des Reg.-Bez. Trier; des Abg. v. Behr für den 1. Wahlkreis des Reg.-Bez. Straßburg; des Abg. Dr. Kraatz für den 2. Aachenschen Wahlkreis; des Abg. v. Arnim-Heinsdorff für den 5. Wahlkreis des Reg.-Bez. Köln; des Abg. v. Bähr für den 2. Wahlkreis des Reg.-Bez. Wiesbaden; des Abg. v. Kaltz in für den 5. Wahlkreis des Reg.-Bez. Danzig; des Abg. Uhden für den 6. Wahlkreis des Reg.-Bez. Frankfurt für gilig erklärt und nur bei einigen wurden Untersuchungen über unerhebliche Unregelmäßigkeiten gefordert.

Es folgt der Bericht der Petitionscommission über die Petitionen des Schlossprediger und Rector Saalborn in Sorau, von mehreren Geistlichen und Lehrern unterzeichnet und des Predigers Rosenthal in Offenbach, betreffend Aufhebung resp. Revision des Artikel 55 des Strafgesetzes. („Wer bei Begehung einer Handlung das 12. Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.“)

Referent der Commission Dr. Lenzen motiviert den Commissionsantrag, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Erörterung bei den Behörden einer Revision des Strafgesetzbuches bei dem Bundesrat im Gange befindlichen Vorarbeiten mitzuhören.

Es sei erwiesen, dass die Unmöglichkeit, Kinder zur Strafe heranzuziehen, vielfache Unzuträglichkeiten nach sich ziehe. Eine Revision des Strafgesetzes sei über kurz oder lang nötig und die Commission wolle die Ausführbarkeit des Reichskanzlers für diesen Fall auch auf diesen Punkt lenken.

Abg. Dr. Banks beantragt Übergang zur Tagesordnung. Es sei juristisch gar nicht zu rechtfertigen, Kinder, die meist nur in Folge einer schlechten Erziehung, oder durch specielle Anteizung Erwachsener ein Unrecht begingen, dafür verantwortlich zu machen. Besser sei es, in solchen Fällen mißtrathene Kinder den schlechten Einwirkungen ihrer Eltern oder Pfleger dauernd zu entziehen, statt sie einige Tage in's Gefängnis zu werfen.

Abg. Hasselmann beantragt: Die Petitionen dem Reichskanzler mit dem Ersuchen mitzuhören, von einer Gesetzesvorlage zur Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen des § 55 des Strafgesetzbuches abzusehen, dagegen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besserung der durch Eltern und Vormünder verwahrlosten Kinder, insbesondere mittels Unterbringung derselben in rechtsschaffenen Familien, für das deutsche Reich gezeigt wird.

Schon von dem Vorredner ist die in dem Antrage ausgesprochene Ansicht verteidigt worden. In der großen Stadt hat man am allerneisten Gelegenheit zu bemerken, wie in fast jedem einzelnen Falle von Rechtsverletzungen durch Kinder eine Aufreizung oder geradezu ein Befehl Erwachsener die Ursache dazu gewesen. Redner selbst habe oft genug gesehen, wie die Kinder von ihren Eltern zu Betrug und Diebstahl angelernt wurden; es ist dann das größte Unrecht, die Kinder dafür verantwortlich zu machen. Auch die Auflösung der Familie trägt wesentlich zur Vermehrung dieser Verbrecherbevölkerung, des sogenannten Lumpenproletariats bei. Man macht immer den Socialisten den Vorwurf, dass sie die Auflösung der Familie herbeiführen wollen. Das ist grundsätzlich, das Capital bemüht diese Zerstörung der Familienverhältnisse, dadurch, dass jedes einzelne Mitglied einer Arbeiterfamilie gezwungen ist, den ganzen Tag, bis spät in die Nacht in fremden Familien, in Fabriken oder auf der Straße zu arbeiten, und das ihm so die Annäherung an seine eigene Familie völlig beraubt ist.

Abg. Westermayer (Schulinspector in München): Mit Strafbestimmungen ist hier nicht zu helfen; sociale Schäden befeitigt man nicht durch Zuchthaus im Gefängnis. Allein es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, Vergehen, und selbst wenn sie von Kindern begangen werden, zu bestrafen. Zuerst wird man die Schulstrafen anwenden, wenn diese aber nicht mehr ausreichen, dann wird man das allgemeine Strafgesetz herbeiziehen müssen. Es ist eine traurige Erfahrung, wenn laut Aussagen von Geistlichen die Verderbtheit von Kindern in einzelnen Gegenden so groß ist, dass die Schulstrafen nicht mehr ausreichen. Leider ist meist die schlechte Erziehung an dieser Verderbtheit schuld, und wir müssen hier zunächst eine Besserung herbeiführen. Herr Hasselmann beantragt nun, die verwahrlosten Kinder in rechtsschaffenen Familien unterzubringen. Allein hier ist schon der Begriff „rechtschaffen“ zweifelhaft. Es kann jemand sagen, ich habe noch nicht gemordet, noch nicht gestohlen, folglich bin ich rechtschaffen.

Allein mir scheint ein solcher Polizeiheliger (Seiterkeit) nicht notwendig unter jenen Begriff zu gehören. Zu der hier gemeinten Rechtschaffenheit gehört vor Allem Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit. Solche Leute werden sich aber sehr schwer finden.

Ich erinnere daran, wie schwer es den Vereinen zur Unterbringung entlassener Straflinge ist, dieselben bei guten Meistern in Arbeit zu bringen. Ebenso schwer, noch schwerer vielleicht wird die Unterbringung solcher Bälger sein. (Bewegung.) Wenn der Ausdruck Sie genannt (Mein!), so kann ich auch einen mildernden wählen. Ich weiß, dass die Majorität in dem Gedanken, den ich jetzt aussprechen will, mir nicht zustimmt, ich für meinen Theil nämlich schwärme für die religiösen Corporationen auf diesem Gebiet. (Beifall im Centrum.) Mir scheint also einerseits der Commissionsantrag, andererseits der letzte Theil des Hasselmann'schen Antrages empfehlenswerth, ich unterlaß aber einen selbstständigen, auf Verschmelzung dieser Anträge gerichteten Antrag zu stellen, ich hoffe, dass die Reichs-Regierung auch so von den bescheidenen Worten eines Geistlichen und Schul-Inspectors einige Notiz nehmen wird. (Beifall.)

Abg. Schwarze: Aus meiner juristischen Praxis kann ich bezeugen, dass die meisten älteren Verbrecher durch schlechte Erziehung zu dem geworden sind, was sie sind. Es ist aber eine alte Methode, in solchen Fällen immer das Strafgesetz verantwortlich zu machen. Natürlich musste doch ein Termin fixirt werden, wenn die criminelle Zurechnungsfähigkeit beginnt, denn gerade das war der Fehler aller früheren Strafgesetze, dass Polizei- und Criminstaffeln nicht genügend unterschieden waren. Eltern, welche eine verbrecherische Handlung des Kindes verschuldet haben, können ja als Thäter oder Anstifter zur Strafe gezogen werden; wenn das nicht geschieht, so ist der Richter, aber nicht das Gesetz schuld. (Beifall.)

Der Abg. Windhorst beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler als Material bei Revision des Art. 55 des Strafgesetzes mitzuhören und dabei eine Erwähnung darüber zu veranlassen, inwiefern mittelst der Reichsgezegung auf eine Besserung der durch Eltern und Vormünder verwahrlosten Kinder, insbesondere durch deren Unterbringung bei rechtsschaffenen Familien hingewirkt werden kann.

Abg. Lasker: Seit drei Jahren ist das Reichs-Strafgesetzbuch erst in Kraft; Richter und Anwälte sind noch gar nicht hinlänglich genug in den Geist desselben eingedrungen; und wenn nun in der Praxis des Lebens irgend eine Erscheinung zu Tage tritt, die nach der einen oder anderen Seite hin nicht gefällt, gleich tritt man dann mit dem Verlangen an uns heran, das Strafgesetz hierfür zu ändern. Ich halte dies nicht für richtig. Ich möchte dabei erinnern an die Lehre, welche ein Professor einem Schüler gab, dass er, wenn er nach der Urtheil einer Erscheinung würde gefragt werden, erst fragen sollte, ob auch die Thatseite jener Erscheinung wahr sei. Man behauptet, die Röheit, die Brutalität, die Verbrechen hätten zugemessen doch beweisen hat es Niemand. Wir sind aber jetzt viel empfindlicher gegen gewisse Verbrechen geworden; so sagt man z. B. häufig, der Betrug nehme jetzt zu, nun vor 30 Jahren allerdings galt manches für erlaubte Geschäftsklugheit, was wir jetzt als Betrug kennzeichnen. Dass aber eine Verwilberung

eingetreten sei und deshalb härtere Strafen notwendig seien, gebe ich durchaus nicht zu. In dem Antrage Hasselmann und dem von Windhorst, welcher den ersten in einer Umschreibung mit aufgenommen hat, finde ich aber etwas Schädliches und kann daher demselben nicht zustimmen.

Ich habe bei der Rede des Abg. Hasselmann bedauert, dass derselbe bei den richtigen Accorden, welche er anschlägt, und welchen ich meine vollste Sympathie entgegenbringe, in seine Ausführungen die ganze sociale Frage mit hineingezogen hat. Die Herren sollten doch lieber ihre Forderungen in einzelne Theilen und nicht immer mit einem Mal diese ganze verschwommene sociale Frage uns vorführen. (Ruf: Wir brauchen Ihre Rathschläge nicht.) Ich glaube durchaus nicht den Herren zu nahe zu treten, wenn ich ihnen zumuthe, als praktische Gesetzgeber hier mit uns arbeiten zu lassen. Was aber in diesen Anträgen ausgesprochen wird, das ist in keiner Weise ein Stoff für ausführbare Gesetze, sondern nur der Ausdruck eines guten Willens zur Abhilfe des socialen Nebels. Ich wünsche wohl, dass man mir auch nachweise, welche Familien dergleichen Kinder aufnehmen sollen, und weiter welche Kinder denn eigentlich als verwahrlost anzusehen sind. Wollen Sie damit den Staat eine Oberaufsicht über alle Kinder zuteilcreiren, so dass ich in den einzelnen Familien nachsieht und Kinder, die schlecht erzogen werden, den Eltern fort nimmt, oder soll dies Erziehenlassen in rechtsschaffenen Familien eine Prämie sein für Kinder, welche schon ein Vergehen oder Verbrechen begangen haben und damit zugleich auch für die Eltern, die sie dazu vielleicht angeleitet.

Die Dinge an und für sich sind sehr richtig, aber der ausgesprochene Gedanke Nichts; ebenso gut könnten Sie sagen, der Reichskanzler solle bis zur nächsten Session die ganze sociale Frage aus der Welt schaffen; ein Wunsch den wir wohl alle hegen werden. Aus der Gemeinde und Familie heraus muss hier zunächst vorgegangen werden, und wir könnten schriftweise der Frage näher treten, wenn wir eine Reichsvorstandssordnung schaffen würden; doch ich bin entschieden dagegen, dass wir als praktische Gesetzgeber einen allgemeinen Satz aussprechen, dessen Ausführung gesetzgeberisch unmöglich ist. Auch würde der Reichskanzler mit den ganzen Apparaten seiner Behörden nicht im Stande sein, den Antrag zur Ausführung bringen zu können. Die Regierung hat im Ueblichen uns angezeigt, dass sie eine Revision des Strafgesetzbuches beabsichtige, wozu in die jetzige drängende und uns durch unser Votum in dieser Frage und bei dem § 55 zu binden. Da bei erkläre ich jedoch gleich, dass ich die meine Zustimmung zu einer Abänderung derselben dahin geben würde, dass Kinder unter 12 Jahren vor den Richter gestellt werden sollen. Ich würde einen solchen Beschluss geradezu mit unter die Brutalitätsstatistik aufnehmen. Aus diesen Gründen werde ich ohne Phrase für den Antrag Banks stimmen.

Abg. Windhorst: Hinsichtlich der oben berührten allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches bemerke ich, dass die Zeit noch viel zu kurz ist, als dass wir schon genügende Erfahrungen hätten gewinnen können, wie das Strafgesetzbuch eigentlich arbeitet. Ferner meine ich auch, um Strafgesetze zu machen oder zu ändern, bedarf es einer ruhigen Stimmung im Volke und Parlamente, sonst macht man leicht parteiische Gesetze und in einer Zeit so tiefer und aufreizender Kämpfe sollte sich der Bundesrat gar wohl bedenken, ob er uns mit neuen Strafgesetzen kommt. Im Ueblichen mag man meinetwegen über die Ausführungen der Tagesordnung übergehen, über die Sache selbst hat man sich hier ausgesprochen und die Herren Bundesräthe müssten ja taub sein, wenn sie die Meinungen und Ansichten des Reichstages nicht verstanden hätten. Im Ueblichen aber habe ich in meinem Antrage einmal den Antrag der Commission dahin geändert, dass die Petitionen nur als Material dem Reichskanzler übergeben werden sollten, und weiter, es solle erwogen werden, in wiefern verwahrloste Kinder gerettet werden könnten. Diese generelle Forderung ist vollkommen stützlos und zu erfüllen möglich, im Speziellen habe ich dabei als ein zu beachtendes Mittel angegeben, solche Kinder in rechtsschaffenen Familien unterzubringen.

Ich glaube auch, es ist ungültig nach der Rede des Abg. Hasselmann über diesen darin ausgesprochenen fruchtbaren Gedanken einfach zur Tagesordnung überzugehen, zumal der Abgeordnete darin auch das Anerkennung der Familie ausgesprochen hat; ich meinerseits werde stets für Anträge jener Herren, sofern sie einen wirklich gefunden und fruchtbaren Gedanken enthalten, eintreten, damit man nicht sagt, schon weil sie von Socialdemokraten herführen würden solche Anträge vorworf. Die vom Herrn Abgeordneten Lasker betonte Arbeitslast des Reichskanzlers wird hierdurch auch wohl nicht zu sehr vergrößert werden, und gleichfalls ließe sich dies Argument sehr leicht betreffenden Fällen Anträge des Herrn Lasker oder seiner Partei gegenüber geltend machen. Ich bitte Sie daher, stimmen Sie für meinen Antrag.

Damit schliesst die Discussion. Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt, so dass über die Petitionen kein Beschluss erzielt ist.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Antrag des Abg. Walteich, betreffend die Aufhebung der Haft der Abg. Bebel und Liebknecht für die Dauer der Session; zweite Beratung der Strandung; Ordnung; Petitionen).

Berlin, 11. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bei der Seehandlung angestellten Geheimen epididemischen Secretair und Calculatur, Rechnungs-Rath Gravenstein bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Rechnungsrath beigelegt und dem praktischen Arzt Dr. von Thaden zu Altona den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

[Wohlthätigkeit.] Aus den Zinsen einer von einem ungenannten Patrioten gegründeten Stiftung, deren Kapital aus 1050 Thlr. in zinstragenden Papieren besteht, werden nach dem Wunsche derselben alljährlich am Geburtstage Se. Majestät des Kaisers und Königs 10 hülfbedürftige Betreuen der Veteranen Gottlieb Zugler aus Goldberg, Franz Friedrich Kramer aus Braunkau, Kreis Wohlau und Josef Ksizyk aus Boicow, Kreis Gleiwitz mit einem Geschenk von je 5 Thlr. bedacht worden.

Der Königliche Eisenbahn-Director Göring, bisher Mitglied der Königlichen Direction der Westfälischen Eisenbahn, ist in gleicher Eigenschaft zur Königlichen Direction der Ostbahn versetzt und zum Vorsitzenden der hiesigen Königlichen Eisenbahn-Commission ernannt worden. — Der Regierungs-Assessor Kott, bisher Mitglied der Königlichen Direction der Ostbahn in Bromberg, ist zum Mitglied der Königlichen Eisenbahn-Direction in Cölln ernannt worden. — Der Regierungs-Assessor Heidemann ist unter Belästigung in seiner Stellung als Mitglied der Königlichen Commission für den Bau der Bahn Berlin-Nordhausen zum Mitgliede der Königlichen Direction der Ostbahn ernannt worden. — Der bisherige Baumeister Altenhöch zu Coblenz ist als Königliche Eisenbahn-Baumeister im Verwaltungsbereich der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Wiesbaden angestellt, und sind demselben die Funktionen eines Abtheilungs-Baumeisters bei dem Bau der Bahnstrecke Oberlahnstein-Cölln-Güls übertragen worden.

Dem Civil-Ingenieur Robert Gottheil in Berlin ist unter dem 7. März 1874 ein Patent auf einen Tiefehrrapparat auf 3 Jahre ertheilt worden. Dem Ingenieur W. A. Büs zu Magdeburg ist unter dem 7. März 1874 ein Patent auf eine Maschine zum Hobeln der Zähne königlicher Räder auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Metallgiesser Alfred Taylor in London ist unter dem 7. März 1874 ein Patent auf ein Ablaufventil für Flüssigkeitsleitungen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 11. März. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Krankenhaus Bethanien und das königliche Mausoleum im Garten von Charlottenburg. — Heute dinierte Ihre Majestät bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen August von Würtemberg.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern um 11½ Uhr den österreichischen Militär-Bevollmächtigten Grafen von Welsersheim und um 12 Uhr den Legationsrat v. Kusserow. Von 7 Uhr ab wohnte Hochsterbliche einer Plenarsitzung des deutschen Fischerei-Vereins bei und ertheilte um 8¼ Uhr

dem Professor Lucas Audienz. Zu der um 8½ Uhr im Palais statthaften Soirée waren etwa 100 Einladungen ergangen.

Ihre kaiserliche und königliche Hoheit die Kronprinzessin begab sich gestern Vormittag um 11 Uhr nach dem Friedrichsstift. (Reichsam.)

= Berlin, 11. Mär. [Civilehe. — Reichspapiergeld.]

— Der Bezirkstag in Lothringen. — Das Militärgeges.

— Bestrafung jugendlicher Verbrecher. — Begräbniss des Grafen Renard. — Der Kaiser hat gestern Abend den Civilehe-

Gesetzentwurf unterzeichnet. Es sind damit die vielfach verbreiteten albernen Gerüchte hinfällig geworden, welche von Schwierigkeiten der

Vorlage gegenüber an allerhöchster Stelle wissen wollten. Am Montag ist der Bericht des Ministeriums mit dem Entwurf dem Kaiser

zur Unterschrift vorgelegt worden, am folgenden Tage war das Gesetz

sanctionirt. Die Reichstagsabgeordneten Dr. Hirschius und Dr. Bölt

haben selbst den Wunsch geäußert, die Reichstagsverhandlung über ihren

Antrag auf Einführung der Civilehe in das Reich bis zur Sanctuarierung des

preußischen Gesetzes zu vertagen. Es ist daher die betreffende Debatte in einer

der nächsten Reichstagsitzungen zu erwarten. — Der Entwurf über die

Ausgabe von Reichscassecheinen ist endlich im Bundesrat zur An-

nahme gelangt, nachdem man eine Beschneidung der Anträge Olden-

burgs und Bayerns vereinbart hat. Es erhält nunmehr jeder Bundes-

staat Papiergeld nach dem Maßstab von 3 Mark pro Kopf. Denjenigen Staaten, deren Bedarf damit nicht gedeckt ist, werden 2½ dieser

Quote und zwar als Vorschuss rückzahlbar in 15 Jahresraten vom

1. Januar 1876 an — gleichfalls in Cässerscheinen — übermittelt. Prin-

cipial ist man dahan übergekommen, den Modus der Rückzahlung

durch das Bankgesetz zu regeln und soll bis zu dessen Erscheinen nach

der oben bezeichneten Weise verfahren werden. Der Entwurf ist sofort

an den Reichstag gelangt, der ihn jedenfalls bald berathen und erledigen wird. — In Abgeordnetenkreisen nahm man in den letzten

Tagen mit grossem Interesse Kenntnis von den jetzt gedruckt vorliegen-

den Protokollen der im Laufe des Januar d. J. stattgehabten Session

des lothringischen Bezirkstages. Diese Protokolle bieten ein erfreuliches

Bild von dem Fleische, der Sachkenntniß und der entgegenkommenden

Haltung, welche diese Körperschaft bei der Berathung der ihr zugegan-

Ostrowo, 11. März. [Das wiederholte Gesuch des Bischofs Ledochowski, ihm die Assistenz eines Caplans bei Celebrirung der Messe zu gestatten und ihm die Erlaubniß zu ertheilen, sich einen Diener halten zu dürfen, ist von dem Appellationsgerichte in Posen abschlägig beschieden worden.]

Aus Mecklenburg, 9. März. [Der Landtagsabschied] der Schwartinschen Regierung drückt das Bedauern derselben aus über das Nichtzustandekommen der Verfassung und fährt dann fort:

Wollen Se. Kgl. Hoheit nun zwar zur Zeit einer weiteren Fortsetzung der Verhandlungen absehen, so halten Allerhöchstes dieselben doch an der Ueberzeugung fest, daß das Wohl des Landes die Durchführung der von Ihnen ertrittenen Abänderung der Verfassung dringend fordert, und sind des ersten Entschlusses, die Verhandlungen über diese Angelegenheit auf Grund der gegenwärtigen Vorlagen spätestens auf dem bevorstehenden diesjährigen ordentlichen Landtag wieder aufzunehmen, indem Allerhöchstes erwarten, daß Ihre getreuen Stände sich mehr und mehr der Ueberzeugung von der Notwendigkeit des von Sr. Königl. Hoheit verfochtenen Ziels erschließen und Allerhöchstes demgemäß bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen in einer zur Herbeiführung einer Verständigung geeigneten Weise entgegenkommen werden....

Der Strelitzsche Abschied ist sehr ähnlichen Inhalts, nur darin abweichend, daß in demselben gesagt wird:

... behalten Sich aber vor, die Verhandlungen auf Grund der bisherigen oder veränderten Vorlagen, worüber weitere Erwägungen maßgebend sein werden, spätestens auf dem diesjährigen ordentlichen Landtag wieder aufzunehmen zu lassen....

Münster, 6. März. [Unterstützung der renitenten Priester.] Der „Westf. Merkur“ schreibt: „Es wird uns von sehr bedeutenden Capitalien gemeldet, welche einige Mitglieder des westfälischen Adels für solche Priester unserer Diöcese zur Unterstützung bestimmt haben, denen in Folge der Halt'schen Kirchengesetze die Subsistenzmittel entzogen werden sollten.“

Trier, 9. März. [Zur Gefangennahme des Bischofs] lesen wir in der „Trierischen Zeit.“ Nachfolgendes: Mit Bezug auf unsere Darstellung der Gefangennahme des Bischofs geht uns Seitens mehrerer Augenzeugen folgende Berichtigung zu: „Zunächst müssen wir es als dem wahren Sachverhalt durchaus widersprechend bezeichnen, wenn behauptet wird, der Herr Bischof habe zwar Anfangs erlaubt, nur der Gewalt weichen zu wollen, habe aber später den Vorstellungen seiner Freunde nachgegeben und eingewilligt, sich unter dem Geleit des Herrn Landrats nach der Strafanstalt zu verhelfen. Weder hat der hochw. Herr selbst so gehandelt, noch auch hat sich in seiner Umgebung irgendemand befunden, von dem ein solcher Rath ausgegangen wäre. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Auf die wiederholten Vorstellungen des Landrates beharrte der Herr Bischof standhaft bei seiner zuerst gegebenen Erklärung, nur der Gewalt zu weichen, so daß ersterer sich schließlich genöthigt sah, wirklich Hand an ihn zu legen. Als dies geschah, sagte der Herr Bischof wörtlich: „Ich bedauere Sie, Herr Landrat, daß Sie hand gelegt haben an einen Bischof.““ Weiterhin finden wir die Angabe, der Herr Bischof sei in Begleitung verschiedener Herren durch das lautlose Menschen-Spalter nach seinem Bestimmungsorte gegangen. Derjenige, welcher dies geschrieben hat, kann unmöglich an Ort und Stelle zugegen gewesen sein. Das Schluchzen, Zammern und Wehklagen der zahlreichen Menschenmenge war wahrhaft erschütternd (!) zumal im Augenblick des Eintritts in das Gefängnis. Wir berufen uns hier mit aller Zuversicht auf das Zeugniß der vielen hunderte von Personen, welche die Straße nach der Strafanstalt besiegeln hatten, und wir sind gewiß, daß Niemand dieser unserer Angabe zu widersetzen im Stande sein wird.

Weitere Einzelheiten, die ebenfalls einer Berichtigung bedürftig wären, wir übergehen.“ — Zur näheren Auflösung über den Vorgang des „Handanlegens“ Seitens des Landrats an den Bischof bei der Verbüßung erfassen wir noch von anderen Augenzeugen: Als der Bischof erlaubt hatte, daß er nur der Gewalt weichen werde, bemerkte ihm der Landrat, in dem amtlichen Auftrag und in der durch ihn zu bewältigenden Ausführung desselben liege die Gewalt; darauf reichte er dem Bischof die Hand mit den Worten: „Ich reiche Ihnen meine Hand“, worauf der Bischof seine Hand in die des Landrats legte, sich von dem Sessel, auf welchen er sich nie vergessen hatte, erhob und ihm folgte, indem er äußerte, er bedauere, daß auf diese Weise Hand an einem Bischof gelegt werde. — Wahrscheinlich wird demnächst ein amtlicher Bericht den ganzen Vorgang genau schildern.

München, 10. März. [Fürst Hohenlohe.] welcher zum deutschen Botschafter in Paris ausgesandt ist, bekleidet bekanntlich auch eine hohe Charge am bayerischen Hofe. Er ist nämlich bayerischer Kronoberstämmer. Der ultramontane „Bater. Cur.“ fragt nun: Ist es statthaft und möglich, daß der Herr Fürst, so lange er die Würde eines Kron-Großbeamten des souveränen Königs von Bayern und die mit ihr verbundene Pflicht trägt, zur gleichen Zeit noch die Dienste des Gesandten oder Botschafters eines anderen souveränen Königs, und sei es auch des deutschen Kaisers, in sich vereinige und ableiste?“ Die Hofgelehrten mögen sich darüber den Kopf zerbrechen, aber höchstwahrscheinlich wird diese Angelegenheit nicht zu einer internationalen Verwirrung zwischen Bayern und Preußen führen. Aus der Frage des genannten Blattes läßt sich dessen stiller Wunsch lesen, daß Fürst Hohenlohe als Strafe für die Annahme des deutschen Botschafterpostens seines Hofamtes entsezt werden möge.

München, 8. März. [Die Priester-Ehe.] Bekannt ist, wie vorsichtig die Alt-katholiken sich der Frage der Priester-Ehe gegenüber verhalten. Noch vor Kurzem äußerte das hiesige alt-katholische Organ, der „Deutsche Merkur“, es sei dies eine „sehr schwierige, allzeitig zu erwägende und zu lösende Frage“. In einem Vortrag, welchen gestern Herr Professor v. Holzendorf vor einem genühten Publikum über die geschichtliche Entwicklung des Ehebuchs hielt, kam derselbe auch auf diesen Punkt zu sprechen und meinte, so lange noch ein Schimmer von Hoffnung auf Versöhnung zwischen der alt-katholischen und römischen Richtung in der katholischen Kirche vorhanden sei, thäten die Alt-katholiken wohl daran, die Priester-Ehe fernzuhalten; sei der Bruch unheilbar geworden, dann hätten die Alt-katholiken offene Fahne, und es sei anzunehmen, daß sie dann zu dem Fortschritte, welcher in der Zulassung der Priester-Ehe liege, sich entschließen würden. (Fr. J.)

Stuttgart, 8. März. [Zur Abwehr.] Im „Schwäbischen Merkur“ lesen wir über die Denunciation gegen Dr. Binder wegen seiner Grabrede auf David Strauss Folgendes:

Zur Abwehr. In der Erklärung der Herren Antele und Genossen in Nr. 54 dieses Blattes ist auf den Bericht des „Schwäb. Merk.“ über die Beerdigung des Dr. David Friedrich Strauss Bezug genommen. In Folge davon seien sich die Unterzeichneten, welche jener Beerdigung beigewohnt und den Bericht darüber im „Schwäb. Merk.“ gemeinschaftlich verfaßt haben, zu einigen öffentlichen Worten veranlaßt.

In den wenigen Zeilen, worin über die Neden an Strauss' Grabe berichtet ist, könnten wir den Inhalt derselben selbstverständlich nicht erfassen, und so haben viele Unterzeichner der Antele'schen Erklärung vielleicht in Folge unseres kurzen Berichts sich bestimmen lassen, die Rede des Herrn Dr. Binder für etwas Anderes zu nehmen, als sie in der That war. Dieselbe war keineswegs die „Verherrlichung“ eines „Gottesleugners“, sondern der Herzenszug eines Freunden, der von dem hingegangenen Freunde sich bewegt sich verabschiedet. Der Redner schilderte in kurzen Zügen den persönlichen Charakter des Verstorbenen und verlor es gar nicht, auf dessen wissenschaftliche Bestrebungen, geschrifte, denn auf dessen theologischen Standpunkt einzugehen. Die wenigen Sätze, von welchen alle Umstehende tief ergraben wurden, brachten, da der Redner vor innerer Bewegung nur schwer sprechen konnte, schnell ab mit einem Lebewohl und dem trostlichen Hinweise, daß der Verstorbene nicht vergessen sein werde.

Das dies und nichts Anderes der Sinn und Inhalt der Binder'schen Rede war, werden alle Diejenigen bezeugen können, welche selbst Theil an der Feier genommen haben. Dieselben werden aber auch — irren wir nicht — mit uns aufs Tiefste bedauern, daß aus einer Handlung der Pietät, welche durchaus würdig und tactvoll verlief, der Anlaß genommen werden könnte, einen hochgeachteten und verdienstvollen im Staate wirkenden Mann derart anzugreifen, wie geschehen ist.

Stuttgart, den 6. März 1874.

Dr. Wilhelm Lang.

Dr. Otto Rommel.

Österreich.

Wien, 11. März. [Im Abgeordnetenhaus] wurde heute die Spezialdebatte des Gesetzentwurfs über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der Kirche fortgesetzt. Zu § 3 (Befreiung der Erzbischöflichen und Bischoflichen), welcher zunächst zur Beratung stand, wurde vom Abg. Eduard Süß folgender Zusatz beantragt: Jeder Erzbischof, Bischof oder bischöfliche Vicar hat vor seinem Amtsantritt einen Eid abzuleisten, in welchem dem Kaiser Treue und den Gegegen Geboren anzugeben ist. Der Wortlaut der Eidesformel wird im Verordnungswege festgestellt. Nachdem mehrere Redner für den Antrag und mehrere gegen denselben aufgetreten, sprach sich der von den noch in die Medizinerlinie eingetragenen Abgeordneten als Generalredner gewählte Abg. Ropp gegen den Zusatz aus, der unwesentlich sei, da der Staat noch andere Mittel habe, die Anerkennung der Staatsgesetze zu erzwingen, als den Eid und da die Bischöfe auch keine Organe der Staatsgewalt seien. Der Unterrichtsminister von Stremayr sprach sich ebenfalls gegen den Antrag Süß aus, welcher sodann abgelehnt wurde. Die §§ 3—7 der Vorlage (Verleihung der kirchlichen Aemter, Pfründen und Canonikate) wurden hierauf in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Prag, 9. März. [Czechische Petition an den Reichsrath.]

Auf privatem Wege haben vor einigen Tagen czechische Stadträthe sich an Mitglieder des verfassungstreuen Clubs mit der Anfrage gewendet, ob Herr Fürst, der deutsche Reichsraths-Abgeordnete für Prag,

die unentgeltliche Überlassung der Festungsmauern an die Stadtgemeinde einzutreten. Es wurde ihnen erwidert, daß der Finanzminister, nachdem er auf das Erträgnis der Journal-Stempelsteuer nicht verzichtet hat, sich kaum veranlaßt sehen dürfte, eine halbe Million der Prager Gemeinde zu schenken, daß aber eine Petition des Prager Stadtverordneten-Collegiums an den Reichsrath jedenfalls von günstiger Wirkung wäre. Wenn man also wirklich im Rathause die Interessen der Stadt zu fördern gewillt sei, so entschließe man sich zu einem Appell an den Reichsrath. Man wird nun sehen, ob den maßgebenden Männern im Stadtrathe lediglich das Interesse der Stadt zur Rücksicht ihrer Handlungen dient oder die politische Oppositionslust, die in ihrer verberblichen Einnirung auf die wirtschaftlichen Zustände bereits allgemein empfunden und verdammt wird.

Pest, 10. März. [Krawall in Neapel] Wir geben nachfolgend über die Ereignisse in Neapel noch folgende dem „Neuen Pester Journal“ entnommene Einzelheiten:

Vor dem Gemeindehause brach Sonntags Nachmittags, als das Leichenbegängnis Imre's stattfand, die Demonstration los. Man verlangte, daß der Leichenzug hier stillhalten solle; der funktionirende Geistliche widerriefe sich diesem Verlangen, die Menge aber achtete auf keine Autorität, ein donnerndes „Halt!“ erhallte, der Sarg wurde auf die Erde gestellt, und unter Verwünschungen wurden Steine nach den Fenstern des Gemeindehauses geworfen. Dann ging es weiter bis zum Hause des Richters. Auf dasselbe Commandowort wurde abermals Halt gemacht, der Sarz wurde wieder auf die Erde gestellt, und ein sörmlicher Regen von Steinen flog gegen das Haus des Richters. Einige Frauen und Kinder, welche arglos aus den Fenstern des Richterhauses hinausgesehen hatten, zogen sich erschreckt zurück und flüchteten in das Innere der Zimmere. Ein Steinbagel wurde ihnen nachgeschoben, die Fenster wurden zertrümmert, die Balken herausgerissen, und was „im Vorbeigehen“ zu demoliren war, wurde demoliert. Für einige Minuten trat nun Stille ein. Der Zug bewegte sich langsam vorwärts, nur einige Personen blieben beim Richterhause zurück. Als der Leichenzug schon eine gute Strecke Weges entfernt war, trat ein vollbelebter Steuer-Creutor, eine lange Meerschaumpfeife im Munde, heraus und wollte das Volk beschwichtigen. Er hatte dabei aber eine solch herausfordernde Stellung angenommen, daß die Menge ihm mit Steinwürfen und Kopfziehen antwortete; plötzlich verbreitete sich die Nachricht, daß das Volk stehe auf dem Friedhof mit den Panduren im Kampfe. In stürmischer Haft lief Alles dem Friedhof zu, dort fand man jedoch das Gericht nicht bestätigt, der Sarg wurde ohne Störung in das Grab gesetzt. Nun schickte die Menge sich idon an, auseinanderzugehen, als man plötzlich gewahrte, daß einige Panduren hinter dem Friedhof sich verborgen gehalten hatten. Mit Erbitterung ging es nun gegen die Panduren los, von denen einige ihr Heil in der Flucht — zu Fuß oder zu Pferd — suchten, während einige der Verletzten sich zur Wehr stellten und die Revolver zogen. Man bewarf sie mit Steinen, die Pferde hämmten hoch sich auf und jagten mit den Reitern davon, das Volk ihnen nach, ohne sie jedoch einholen zu können. Jetzt aus den Reihen der Volksmenge ein Schuß, welcher mit donnernden Bravorufen begrüßt wurde. Auf dem Rückwege wurden abermals Steine gegen das Haus des Richters geworfen, einige Fenster im Gesäwornenbau und im Hause des Kirchenwalters eingeschossen — bei Leichterem, weil er wegen Rückstandes irgend einer Kirchentage eine Execution veranlaßt haben soll — das Volk bewaffnete sich mit Steinen und zog abermals vor das Gemeindehaus. Ein Bürger aus Waizen zog der wütenden Schaar voraus, mit der hochsobebenen Rechten ein buntes Tuch schwankend, und sie mit wilden Rufen fanatisirend — es war eine Scene von unbeschreiblicher Wildheit und Aufregung. Man warf unter heulendem Lärm die Fenster des Gemeindehauses ein, man riß die Fensterbalken heraus und schüttete sich an, Alles zu vernichten. In den Zimmern drinnen hatte sich der Gemeinde-Notar Anton Benitsch mit seiner Frau und seinen Kindern unter dem Schutz der aus Foty gekommenen fünf Panduren befinden. Alle flüchteten sich in den im Hofraume befindlichen Sitzungssaal, die wütende Menge elte ihnen nach, daß nun plötzlich fünf Schüsse hintereinander. Der Notar hatte den Panduren Ordre gegeben, blind hinauszuseuern, um die Massen zurückzuschrecken. Diese weichen in der That zurück, aber nur, um schon im nächsten Augenblide um so rasender wieder vorzudringen. Die Blindenschüsse werden wiederholt, aber die Menge hat bereits erkannt, daß es bloß Schreckshüse waren, sie weicht nicht von der Stelle, und immer drohender, immer wütender brüllt sie um Rache. Jetzt knallt es wieder, eine alte Wafffrau stürzt mit zerstückeltem Haupte tot zu Boden; noch ein Schuß — ein Fabrikarbeiter fällt als Leiche zusammen. Was nun folgte, spricht jeder Beschreibung. Schreiend und heulend drang die Menge voran, der Notar ergab mit den Seinen die Flucht; die Panduren versuchten eine Weile Stand zu halten, indem sie sich in den im Hofraume befindlichen Lokalitäten verschanzt hielten; das Volk wölfte ein, zwei aus der vordersten Reihe durch Flintenschüsse zu Boden getrekt wurden. Es ging nun nach dem nahen Ehrenwald'schen Hause, wo man den Notar versteckt wußte. Alles voran immer der vorhin erwähnte Bürger. Man fand das Thor verschlossen. „Desfnet, sonst wird Alles der Erde gleich gemacht!“ erscholl es. Das Thor wurde geöffnet; Frau Ehrenwald stand vor dem Bürger. „Der Notar und seine Leute sind hier versteckt!“ schrie dieser, „er muß sterben!“ Die Frau antwortete gefaßt, daß sie es jedem freistelle, das Haus zu durchsuchen. Man durchsuchte es und fand — Niemanden. Der Notar war allerdings hier versteckt gewesen; allein er hatte sich bereits durch den Garten weiter geflüchtet. Dann gelang es der Menge, den Panduren-Commissär Forster zu ergreifen; er wurde durchgeprügelt. Später folgte die schon geschilderte Brandseife; unter schallendem Hohngelächter der Menge wurde das Gemeindehaus angezündet. Es brannte lichterloh, als endlich Militär erschien und die Massen in die Flucht jagte. Seitdem herrschte in Neapel, wo das Gemeindewesen sehr im Argen zu liegen scheint, vollkommene Ruhe.

Leipzig, 8. März. [Auflösung des katholisch-politischen Vereines für Krain.] Gestern verfügte das Landes-Präsidium die Auflösung des katholisch-politischen Vereines für Krain auf Grund des § 24 des Vereinsgesetzes wegen Überbreitung der Vereinsstatuten, da der Ausschuß gegen die konfessionellen Gegenvorlagen eine Resolution beschlossen hat, zu deren Bechlussfassung nur die General-Versammlung des Vereines berechtigt ist. Außerdem hat sich der Ausschuß Verleumdungen der §§ 12 und 32 des Vereinsgeistes zu Schulden kommen lassen, und ist gegen den Ausschuß die Strafanzeige wegen der §§ 12 und 32 des Vereinsgeistes an das städtische Obergericht eröffnet worden. Diese Maßregel des Landes-Präsidiums findet in allen Kreisen der Stadtverwaltung, ohne Unterschied der Nationalität, die lebhafteste Zustimmung, da der katholisch-politische Verein seit neuester Zeit der einzige, die Rolle übernahm, Unfrieden zu setzen und Missmut gegen die freiheitliche Gesetzgebung unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Breslau. In der Sitzung der historischen Section am 22. Januar 1874 sprach der neue Sekretär sein Bedauern aus, daß der frühere Sekretär, Herr Prof. Dr. Kühn, bei der letzten Wahl sich nicht habe bewegen lassen, dieses Amt wieder zu übernehmen, und dachte dann denselben für die langjährige musterhafte Führung der Geschäfta. Hierauf hielt Herr Oberlehrer Dr. Bobertag einen Vortrag über Ziegler's Asiatische Banke und Lohsteins Arminius und Thysnelva. Er vervollständigte heut seinen am 15. October vorigen Jahres gehaltenen Vortrag über die zweite Schlesische Dictorschule und den Kunstroman des XVII. Jahrhunderts. Nachdem er eine kurze Uebericht über die Entwicklung des Projaromans in Deutschland bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts vorangeschickt, entwickelte er in gebräuchter Analyse den Inhalt und den Charakter der zwei genannten Romane, zur Veranschaulichung des Gesagten dienten außer gelegentlichen Hinweisungen, die der Inhaltsangabe eingesetzt wurden, Proben aus den Texten der Ausgaben von 1688, beziehungsweise 1699, welche vorgelegt wurden.

Cardinal Cullen hat einen neuen Hirtenbrief erlassen, in welchem er die großen Gefahren, welche die katholische Religion bedrohen, beschreibt. Der Papst, der Statthalter Christi auf Erden, heißt es, führe, nachdem er seiner Staaten beraubt worden und ohne die für die Verwaltung der universalen Kirche notwendigen Mittel gelassen worden, seit beinahe vier Jahren das Leben eines Gefangenen. Nach Bemerkungen über die traurige Lage der Kirche in Italien, der Schweiz und Spanien kommt der Cardinal in bekannter Weise auf Deutschland zu sprechen.

Provinzial-Beitung.

Breslau. In der Sitzung der historischen Section am 22. Januar 1874 sprach der neue Sekretär sein Bedauern aus, daß der frühere Sekretär, Herr Prof. Dr. Kühn, bei der letzten Wahl sich nicht habe bewegen lassen, dieses Amt wieder zu übernehmen, und dachte dann denselben für die langjährige musterhafte Führung der Geschäfta. Hierauf hielt Herr Oberlehrer Dr. Bobertag einen Vortrag über Ziegler's Asiatische Banke und Lohsteins Arminius und Thysnelva. Er vervollständigte heut seinen am 15. October vorigen Jahres gehaltenen Vortrag über die zweite Schlesische Dictorschule und den Kunstroman des XVII. Jahrhunderts. Nachdem er eine kurze Uebericht über die Entwicklung des Projaromans in Deutschland bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts vorangeschickt, entwickelte er in gebräuchter Analyse den Inhalt und den Charakter der zwei genannten Romane, zur Veranschaulichung des Gesagten dienten außer gelegentlichen Hinweisungen, die der Inhaltsangabe eingesetzt wurden, Proben aus den Texten der Ausgaben von 1688, beziehungsweise 1699, welche vorgelegt wurden.

In der Sitzung vom 19. Februar sprach der Privatdozent Dr. Theodor Lindner über den schwäbisch-rheinischen Städtebund bis zum Jahre 1384. Nachdem der Vortragende auf die Bedeutung des Städtebundes im Allgemeinen hingewiesen hatte, erörterte er die Entstehung des schwäbischen Städtebundes im Jahre 1376 und dessen Entwicklung im gleichen Kampfe gegen den Kaiser und Eberhard von Württemberg. König Wenzel folgte in den ersten Jahren seiner Regierung dem Einfluß der Kurfürsten, deren Beistand er bedurfte, um das Schisma beizulegen und die beabsichtigte Romfahrt anstreben; daher war er nicht zu bewegen, den Bund anzuerkennen, suchte ihn vielmehr durch Errichtung von Landfriedensbündnissen zu sprengen. Die Entstehung der Rittergesellschaften veranlaßte in diesem Jahr ebenso wie die rheinischen Städte, in einen Bund zusammenzutreten, der sich alsbald mit dem schwäbischen vereinigte. Beide nahmen mehr und mehr an Umfang zu, aber die Ungleichheit der Interessen war von vornherein bedeckt. Als Wenzel, bewogen durch Münzenpolitik, den Römerzug aufgab, wandte er sich von der einseitigen Be-

günstigung der Fürsten ab und nahm eine vermittelnde Stellung ein, so daß im Juni 1834 die Heidelberger Stellung errichtet wurde, die nichts als ein Waffenstillstand zwischen beiden Parteien war. Die tatsächliche Lage der Dinge wurde nicht verändert, das gegenseitige Misstrauen blieb bestehen, so daß der Conflict unvermeidlich wurde.

Director Reimann.

Breslau, 12. März. [Angestammten: Se. Durchlaucht Fürst von Habschönstein, Freier Standesherr a. Schloß-Trachenberg. Ihre Durchlaucht Fr. Fürst v. Hatzfeld a. Schloß-Trachenberg.] (Frmdb.)

(Notizen aus der Provinz.) * Glogau. Der „Nied. Anz.“ meldet: Der Maurer Carl Albrecht Klosius aus Hochkirch, einer der gefährlichsten Verbrecher unseres Kreises, ist nun endlich dingfest gemacht worden. Derselbe hat bekanntlich im vorigen Sommer und Herbst in der Nähe der hiesigen Stadt mehrere schwere Diebstähle verübt und war kurz nach seiner Verhaftung in Hochkirch entstanden. In Polen wurde er bei Verübung eines schweren Diebstahls ergreift und vom dortigen Criminalgericht zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Klosius, von dem Grundsache ausgehend, daß die Zeit kostbar sei, verlangte die sofortige Ablösung in das Zuchthaus Nauheim, um die ihm vorläufige einjährige Zuchthausstrafe rächer zu verbüßen und dann sein altes Geschäft mit ungeschickten Mitteln wieder aufzunehmen. Klosius hat sich jedoch verredet; sein gegenwärtiger Aufenthalt im Zuchthause wird nämlich ein wenig verlängert werden. In diesen Tagen ist er vom hiesigen Criminalgericht wegen eines in Groß-Grätz in Gemeinschaft mit Anderen verübten einfachen Diebstahls zu weiteren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Im Juni wird übrigens Klosius hierher gebracht werden, um sich vor dem Schwurgericht wegen der hier verübten schweren Diebstähle zu rechtfertigen; es dürfte ihm dann eine weitere mehrjährige Zuchthausstrafe zufallen.

+ Hirschfelde. Von den im Neißetal den neuen Schienenweg bereitenden Arbeitern ist am Sonnabend ein durch den täglichen Umgang mit der Gefahr allzu vertraut gewordener 25 Jahre alter italienischer Steinbrecher verunglückt. Nach glaubhafter Mittheilung hatte derselbe zwei Dynamit-Patronen auf zwei kleinen Metallstücken zum Zweck des Erwärms an's Feuer gelegt und dabei die von der Kälte erstarke Hände darüber gehalten, als die ersten explodierten und ihn nicht nur im Gesicht und anderen Körpertheilen erheblich verbrannten, sondern ihm auch die rechte Hand jerschmetterten und wegrißten. Hierauf hat der so schwer verletzte Arbeiter die ihm angebotene Fahrt nach der Krankenstation Orlitz ausgeschlagen und den weiteren Gläubigerverhandlung die Resultate derselben vorgelegt werden. Einzelheiten kam man überein, vorläufig auf seinen Fall einen Concours zu provozieren. Es waren außer den hiesigen beteiligten Bankinstituten und Prioritätenbehörden auch die Thüringer Bank und ein Frankfurter Haus vertreten.

△ Liegnitz. Der hiesige „Anz.“ berichtet: In dem dem Grafen Rothkirch-Trach auf Bärzdorf gehörigen Forst zu Briese hat am 9. d. M. ein Waldbrand stattgefunden, ca. 50 Morgen Schonungen und Culturen wurden vernichtet. Wie man vermutet, sollen Bahnarbeiter die Brandstifter sein.

Beuthen/O.S. Die hiesige „Grenzg.“ berichtet: Am 9. d. Mts. ist die erste Choleraerkrankung in unserer Stadt bei einer alten Witwe in der Bahnhofstraße Nr. 6 festgestellt worden und, wie wir seoben erfahren, ist dieselbe am 10. gestorben. — Im Knapp'schen Lazareth sind vom 25. Februar bis zum 7. März von den dafelbst befindlichen Kranken 2 der Cholera erlegen. — Nach den amtlichen Berichten sind in der Stadt Königshütte (21,303 Einwohner) in der Zeit vom 28. Februar bis zum 7. März an der Cholera erkrankt: 6 Personen, von denen 1 gestorben ist und 5 in ärztlicher Behandlung sich befinden. — In Orzegow (1000 Einwohner) sind vom 22. Februar bis 7. März 31 Personen erkrankt, von denen 16 gestorben, 2 genesen und 13 in Behandlung geblieben sind. — Im Lipiner Polizeibezirk mit dem Hüttendorf und der Gemeinde Chropaczow, zu der die Eisenbahn-Colonie und Neu-Kopanina gehören und der Gemeinde Biastki zusammen mit 5770 Einw. sind vom 29. Januar bis 7. März erkrankt 213 Personen, von denen 96 gestorben und 96 genesen sind. Die übrigen stehen noch in ärztlicher Behandlung.

△ Myslowitz. Von hier wird der „Oberschl. Grenzg.“ unter 10. März geschrieben: Obgleich in der lebhaft erwähnten Stadtverordneten-Sitzung, Herr Commerzienrat S. Kusinski wieder als Begeordneter gewählt worden ist, so wurde von Herrn Koche und seinem Anhänger dennoch die Dringlichkeit der Bürgermeisterwahl behauptet und vom seitherigen Vorzügenden, Herrn Krauth, verlangt, daß er unverzüglich eine Sitzung zur Bürgermeisterwahl ausrichte. Herr K. setzte diese schon für gestern Abend an, legte in dieser Versammlung, in der außer ihm einzige die ultramontane Partei mit ihren sonstigen Anhängern, 12 Köpfe stark vertreten waren, sein seit 6—7 Jahren bekleidetes Vorleseramt nieder, und ging dahin, wo die übrigen Stadtverordneten diesmal geblieben waren, — nach Hause. Nachdem jene eben gerade nur befähigende Majorität einen neuen Stadtverordneten-Vorsteher gewählt hatte, ging man so schleunig als möglich daran, den Myslowitzern Herrn Sklarzyk als Bürgermeister zu verhören. Erst, als alles aus war, mußte man die unangemessne Entbindung machen, daß wegen eines Formfehlers die gefassten Beschlüsse keine Gültigkeit hätten!

(Nachschrift.) Heute (am 10.) Nachmittag in schleunig anberaumter Sitzung der Stadtverordneten — definitive Wahl des Herrn Sklarzyk zum Myslowitzer Bürgermeister, und nicht mit 13 Stimmen, wie gestern; nein — mit 17!

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 11. 12.	Nachm. 2 II.	Abends 10 II.	Morg. 6 II.
Luftdruck bei 0°	327 ⁰ 94	329 ⁰ 84	33 ⁰ 04
Luftwärme	— 0°3	— 0°9	— 4°1
Dunstdruck	1 ⁰ 95	1 ⁰ 56	1 ⁰ 12
Dunstättigung	100 v.C.	85 v.C.	82 v.C.
Wind	W. 2	W. 1	W. 1
Wetter	bedeut. Schnee.	heiter.	heiter.

Breslau, 12. März. [Wasserstand.] O.-B. 4 M. 86 Cm. U.-B. — M. 16 Cm.

Berlin, 11. März. Die Börse sucht sich selbst Muth zuzusprechen. So erging es ihr heute vor dem Beginn der Thatigkeit, der sie ein besseres Prognosticon stellte, und ganz im Beginn des geschäftlichen Verkehrs. Nach und nach aber wurde ihr klar, zumal eine regere Kauflust ausüblich, daß sich zufriedengestellt sein müsse, wenn kleinere Verkaufsstellen nicht sofort einen besonderen Andruck hervorriefen. Dass wieder mysteriöse Andeutungen über Zahlungsstechungen irgend eines rheinischen Hauses gemacht wurden, erwähnen wir nur als Signatur der Stimmung, und ebenso haben wir gleich jetzt hervor, daß hauptsächlich Discounto-Commandit-Anteile, Darmstädter Union und Laurahütte der Baisse ein williges Operationsfeld boten, von dem die Blankoabgeber nur zeitweise sich verdrängen ließen. Im Allgemeinen blieb indeß der Verkehr sehr schleppend und die Umfänge hielten sich mit sehr wenigen Ausnahmen in den engsten Grenzen. Unverstehbare Vorschriften hatte die Besserung einzigt und allein auf dem Gebiete der Eisenbahn-Aktien gemacht, auf dem schon seit mehreren Tagen die Contremine die Blankoabgaben eingestellt hatte und Deckungen vorzunehmen suchte. Gewannen die Course hierdurch schon Halt, so nutzten auch Speculationsläufe der Hause die veränderte Situation nach Kräften aus und trugen mit dazu bei, der Coursesbewegung eine steigende Richtung zu geben. Auf dem Speculationsmarkt ist die Stimmung schwankend, namentlich befriedigten die bekannt gewordenen Details über den Abschluß der Creditanstalt sehr wenig und drückten den Coursstand; auch Lombarden waren matt, während sich Franzosen leidlich hielten. Die Osterr. Nebenbahnen behaupteten sich sehr gut und zogen meist im Course an, Galizier gingen bei fester Haltung ziemlich lebhaft um, Böhmisches glichen ebenfalls durch Courserhöhung ihren gestrigen Rückgang ziemlich aus. Auswärtige Fonds blieben meist unverändert, da der Verkehr darin sehr gering war, Osterr. Renten behauptete, Lospapiere geschäftsls., Italiener vernachlässigt, Türken und Amerikaner hatten etwas eingebüßt. Russische Werthe recht fest, Bahnen belebt und anziehend. Preußische Fonds in ruhigem Verkehr. Deutsche Fonds zum Theil etwas niedriger fanden zu herabgesetzter Notiz gute Aufnahme. Prioritäten zeigten Festigkeit, gingen aber nur wenig um, Mainzer 4% beliebt, Ludwigswasser-Börsche ohne Abgeber. Von ausl. Prioritäten waren Ferdinand-Nordb. gefragt, Lomb. Bonds begehrt, auch Ost. Staatsbahn 5% und 3% II. beliebt, Russische Prioritäten zeigten wenig Veränderung. Auf dem Eisenbahnenmarkt fanden ziemlich belangreiche Umsätze statt und besserten sich die Course fast durchgängig. So zogen die Course der rheinisch-westfälischen Speculations-Debiten an; auch Anhalter und Potsdamer notiren höher, Hümänen bei steigender Notiz sehr belebt, Kreiseld-Kr.-Kempener besser, Nahabahn, Münchener-Lüttich-Limburg und Ostpreuß. Südbahn rege. Vanfancken weniger behauptet und in schwachem Verkehr. Centralbank für Bauten anziehend, Stettiner Vereinsb., Leipz. Vereinsb. u. Amsterd. Bank desgl. Centralbank für Industrie und Handel, Carlo Hertel nachgebend. Bergisch-Märkische Bank offerir. Disconto-Commandit 156, ult. 156¹/₂—7¹/₂—6. Industrie-Papiere sehr matt. Deutsche Stahlactien, Lütersfelder Land- und Bauverein besser, Baltische Waggonfabrik, Elbinger Eisenbahnbud., Plechner, Rathenow Holz, Victoriahütte nachgebend. Ariburhberg zog etwas an. Montanwerthe ziemlich fest, nur Dorf-

munder Union sehr matt, 58%, ult. 59¹/₂—7¹/₂—8¹/₂, Laurahütte 163, ult. 163—2¹/₂. Silbergulden sehr begehrt, $\frac{1}{2}$ Stücke höher. Wiener Communal-anleihe 91¹/₂ bez. u. G. (Bank- u. H.-B.)

Berlin, 11. März. [Krefeld-Kreis-Kempener Industriebahn.] Heute Vormittag hat die Gläubiger-Versammlung der Krefeld-Kreis-Kempener Bahngesellschaft hier stattgefunden. Es waren 10 Interessenten, Gläubiger der schwebenden Schulden, als auch Prioritätenbesitzer zugegen. Die Versammlung drehte sich zunächst darum, ob den Prioritätenbesitzern irgend welches Vorzugsrrecht gegenüber den Gläubigern der schwebenden Schulden zustehe. Nach dem Text einer vorgelegten Prioritätenobligation und des ebenfalls vorgelegten Privilegs der Aussage derer, wurde das von anwesenden Juristen beweist. Auch ein schriftlich vorgelegtes juristisches Gutachten, das man über diesen Punkt vorgelegt hatte, sprach sich dafür aus, daß den Prioritäts-Gläubigern keine Vorzugsrrechte zustehen. Es befragte, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Priorität kein hypothekarisches Aurekt auf eine Bahn verschaffe. In diesem Falle sei übrigens im Text und Privileg der Obligation nicht einmal gesagt, daß der Grund und Boden der Bahn für die selbe verpfändet sei. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß erstrebenswert sei, möglichst eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden mit den Prioritätenbesitzern zu bewerkstelligen. Es sollen dahin zielende Versuche gemacht und einer nächstens stattfindenden weiteren Gläubigerversammlung die Resultate derselben vorgelegt werden. In der Versammlung wurde beschlossen, zunächst weitere juristische Gutachten über diesen Punkt einzufordern. Umehrigen erklärte man, daß, so lange kein Grundbuch existirt, eine Einigung der Gläubiger der schwebenden Schulden

Umsatz 12,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. — Unverändert.

Middl. Orleans 8%, middl. amerikanische 7%, fair Döllerah 5%, middl. fair Döllerah 4%, good middl. Döllerah 4%, middl. Döllerah 4% fair Bengal 4%, fair Broad 5%, new fair Doma 5%, good fair Doma 6%, fair Madras 5%, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 8%.

Upland nicht unter low middling Juli-Lieferung 8 D.

Glasgow, 11. März. [Nochm. Wires numbers warrants 90 Sh.] Amsterdam, 11. März. Nachm. [Getreidemarkt] (Schlußbericht) Weizen geschäftlos, pr. November 341. Roggen loco flau, pr. März 247, pr. Mai 239, pr. Juli 221. Raps pr. April 362, pr. October 377 fl. Rübel loco 34%, pr. Mai 34%, pr. Herbst 36%.

Antwerpen, 11. März. Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] Geschäftlos.

Antwerpen, 11. März. Nachmittags. [Petroleum-Markt] (Schlußbericht) Raffiniertes, Type weiß, loco 32 bez. und Br., pr. März 32 Br., pr. April 33 Br., pr. September 36 Br., pr. September - December 36% Br. — Zeit.

Bremen, 11. März. Petroleum Standard white loco 13 Mt. bez.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 11. März. „Messager de Paris“ meldet gerüchteweise, daß zwischen Sadis Pascha und den betheiligten Bankhäusern ein Preliminär-Vertrag verabredet sei, wodurch zunächst die Zahlung der am 1. April fälligen Türk-Coupons gesichert sei. Die Verhandlungen des Hauptvertrages seien in gutem Zuge. — Die legitimistischen Journale bementen die Nachricht von einer ernstlichen Krankheit Chambord's.

Rom, 11. März. Der Papst hat den Cardinal Monaco La Valletta zum Präfekten der Propaganda und Monsignore Jacobini an Stelle des Erzbischofs Falcinelli Antoniacci zum päpstlichen Nuntius in Wien ernannt.

Haag, 11. März. Von der zweiten Kammer wurde heute der Gesetzentwurf über die Anlage von Befestigungen nach dem Systeme der concentrischen Vertheidigung mit 60 gegen 6 Stimmen angenommen. Für die Vollendung der betreffenden Arbeiten ist ein Zeitraum von 8 Jahren in Aussicht genommen; die Kosten derselben sind auf 30 bis 32 Millionen Gulden veranschlagt.

Konstantinopel, 10. März. Das „Neuter'sche Bureau“ erfährt, die türkische Regierung habe ein weiteres Vorschussgeschäft im Betrage von 100,000 Pf. Sterl. zu fast den nämlichen Bedingungen abgeschlossen, unter denen kürzlich das Vorschussgeschäft über 130,000 Pf. Sterl. zu Stande gekommen sei.

[Justiz-Ministerial-Blatt.] Personal-Beränderungen: Der Geheime Ober-Justizrat und vortragende Rath im Justiz-Ministerium Dr. v. Schelling ist zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Habsburg ernannt. Dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Jeisel in Polen ist der königliche Kronen-Orden 2. Klasse mit dem Abzeichen für fünfzigjährige Dienstzeit verliehen. Zu Appellationsgerichts-Räthen sind ernannt: der Landgerichts-Rath Correns in Düsseldorf und beim Appellationsgericht in Breslau. Gatsmäßige Richterstellen sind verliehen: dem Gerichts-Assessor Dilthey bei dem Landgericht in Düsseldorf, und dem Gerichts-Assessor v. d. Leyen bei dem Landgericht in Elberfeld. Dem Kreisgericht-Director Prieber in Groß-Strelitz ist die nadgeuchte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension vom 1. März d. J. ab ertheilt, und der Kreisgerichts-Rath Müller in Stolp zum Director des Kreisgerichts in Dramburg ernannt. Der Kreisgerichts-Rath Netter in Görlitz, und der Kreisgerichts-Rath Esch in Breslau sind gestorben. Der Kreisgerichts-Rath Chrhardt in Cönnern ist unter Verleihung des Roten Adler-Ordens 4ter Klasse vom 1. August d. J. ab mit Pension in den Ruhestand verlegt. Der zur Zeit als Hilfsarbeiter im Justiz-Ministerium beschäftigte Kreisrichter Polenz aus Sprottau ist zum Kreisgerichts-Rath ernannt. Dem Kreisrichter v. Sierzyński in Trachenberg ist die Funktion als Dirigent der Gerichts-Deputation derselbst übertragen. Verzeigt wird: der Kreisrichter Böhlke in Frankfurt a. d. O. an das Kreisgericht in Rothenburg O., mit der Funktion als Abtheilungs-Dirigent, der Kreisrichter Neumann in Czarnikau an das Kreisgericht in Schneidemühl, und der Kreisrichter Alberg in Belgern an das Collegium des Kreisgerichts in Dorgan. Dem Kreisrichter Funk in Chodzießen ist die nachgeuchte Entlassung aus dem Justizdienste vom 1. März d. J. ab ertheilt. Der Kreisrichter Erler in Oranienburg ist im Disciplinarwege seines Amtes entfeht. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Junke bei dem Kreisgericht in Berlin, mit der Funktion an der Gerichts-Deputation in Oranienburg, der Gerichts-Assessor Joseph bei dem Kreisgericht in Güstrin, der Gerichts-Assessor Gotthelf Paul Schneider bei dem Kreisgericht in Schneidemühl, mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Chodzießen, der Gerichts-Assessor Bohm bei dem Kreisgericht in Treneszno, der Gerichts-Assessor Bielocki bei dem Kreisgericht in Glogau, mit der Funktion als Ger.-Commiss. in Politz, der Gerichts-Assessor Karuth bei dem Kreisgericht in Löwenberg, mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Greifenberg, der Gerichts-Assessor Naumann bei dem Kreisgericht in Mohrungen, der Gerichts-Assessor Beizke bei dem Kreis-Gericht in Lüdenburg, und der Gerichts-Assessor Mende bei dem Kreis-Gericht in Altenkirchen, mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Daden. Die von der kaufmännischen Corporation in Stettin getroffene Wahl des Kaufmanns Wandel dasselbst als kaufmännischer Assessor bei dem dortigen See- und Handelsgericht an Stelle des ausscheidenden Kaufmanns Kiel ist bestätigt. Bei dem Kreisgericht in Dorin und sind drei von anderen Gerichten dorthin übertrogene Richterstellen, bei dem Kreisgericht in Böhm eine, und bei dem Kreisgericht in Beuthen vier derartige Stellen zu besetzen. Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kroll in Thorn, ist der Rothe Adler-Orden IV. Klasse verliehen. — Der Rechtsanwalt und Notar Lüke in Schweidnitz ist in Folge seiner Ernennung zum Consistorial-Rath und Mitglied des Consistoriums in Polen aus dem Justizdienste geschieden. Dem Rechtsanwalt und Notar Weidlich aus Gleiwitz, z. B. in Breslau, ist die nachgeuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. Der Notar Waninger in Saarburg ist in Folge Verurtheilung seines Amtes entlassen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Scholz in Neisse, der Rechts-Anwalt und Notar Ehler in Lüdenscheid, und der Rechts-Anwalt und Notar Janisch in Bromberg sind gestorben. — Der Syndicus der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen-Eydorf in Merseburg ist als Gerichtsassessor in den Justizdienst wieder aufgenommen und dem Appellationsgericht in Naumburg zur Beauftragung überwiesen. Zu Assessoren sind ernannt: die Referendarien v. Rohrscheidt, Förster und Bohm im Bezirk des Kammergerichts. — Die Referendarien Thümmel und Gottsch Paul Schneider in der Bezirk des Appellations-Gerichts zu Breslau, der Referendarius Jakstein im Bezirk des Appellations-Gerichts zu Marienwerder, und der Referendarius Schwing im Bezirk des Appellations-Gerichts zu Wiesbaden.

[Zwei und ein halb Jahre ein Messer im Kopf.] Demnächst wird vor dem Crudimer Kreisgerichte eine sowohl für den Arzt als auch für den Juristen interessante Verhandlung stattfinden. Im Monate Juni 1871 entstand in einem Wirthshause in Lut während des Tanzes eine Rauferie, an welcher sich der Bergmann Anton Smrzek, ein junger und rüstiger Mann, in hervorragender Weise betheiligte. Nach Beendigung der Mischtanzen brachte ihm vor dem Wirthshause die beiden Brüder H. auf, und einer von ihnen brachte ihm hinterm rechten Ohr eine Wunde bei, ohne daß Smrzek gewußt hatte, womit dies geschehen. Die Wunde eiterte, nach Verlauf von vier Wochen jedoch war sie geheilt. Nach einigen Wochen begann sie abermals zu eitern, und Smrzek, der den Kopf nach links geneigt trug und sich dabei nicht umsehen konnte, consultierte vergebens mehrere Ärzte. Man dachte nicht mehr daran, daß etwas in der Wunde stecken könnte. Erst im December bemerkte der Vermundete, als er mit einem Nagel die Wunde untersuchte, daß ein fremder Körper in der Wunde vorhanden sei. Er begab sich zu einem Arzte, der sich vergebens bemühte, den vermeintlichen Knorpelsplitter zu entfernen. Wie groß war sein Erstaunen, als er endlich eine 2½ Zoll lange und ½ Zoll breite Messer Klinge herauszog, welche dem während der 2½ Jahre sich gewordenen Smrzek zwischen Kopf und Hals gesteckt war. Jetzt erst wurde bei Gericht die Anzeige gegen H. gemacht; dieser leugnet zwar die That, allein mehrere seiner Bekannten haben die Klinge erkannt. Die Wunde des Smrzek ist bereits im Heilen.

Berliner Börse vom 11. März 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam	25/30 FL	10 T. 3½% 142½ bz
do.	do.	2 M. 3½% 141½ bz
Augsburg	100 Fl.	5 56,20 G.
Frankf.a.M. 100 Fl.	2 M.	3½% 141½ bz
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	3½% 141½ bz
London 1 Lst.	3 M.	3½% 142½ bz
Paris 300 Frs.	8 T.	80 7½ bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	8½% 91½ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6½% 92½ bz
Wien 150 Fl.	8 T.	90% bz
do. do.	2 M.	89½ bz

Fonds- und Geld-Course.

Freyl. Staats-Anleihe	4½% 102½ bz
Staats-Anl. 4½% 102½ bz	102½ bz
do. consolid.	106 bz
do. 4½% 102½ bz	106 bz
Staats-Schuldcheine	3½% 92 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½% 122½ bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½% 102½ bz
Berlin-Görlitz	4½% 101½ bz
Pommersche	3½% 84½ bz
Sachsenische	3½% 93½ bz
Kur.-v. Neumarkt	3½% 99 bz
Pommersche	3½% 95½ bz
Pruessische	3½% 97 G.
Westfäl. u. Rhein.	3½% 100 B.
Sachsenische	3½% 99½ bz
Badische Präm.-Anl.	3½% 114 bz
Bairische 4½% Anleihe	3½% 112½ G.
Cöln-Mind. Framisch	3½% 95½ bz

Kurh. 40 Taler-Loose	72 bz
Badische 35 Fl.-Loose	39½ bz
Braunsch. Präm.-Anl.	22½ B.
Oldenburger Loose	38½ B.

Louis'dor 100½ bz Dollars 1,11½ G.

Sovereign 6,22½ G. Fr. Krm. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5,10½ G. Ost. Bkn. 90½ bz

Imperials 5,15 G. Russ. Bkn. 83½ bz

do. do. 100½ bz